

logisch, das ist unser Standard. Viel schwieriger wird es auf der Stadtebene oder auch nur auf Quartiersebene. Wo sind die richtigen Größenordnungen, bei denen man z.B. einen vernünftigen Energiezufluß, einen vernünftigen Ver- und Entsorgungszyklus zustande bringt, und wo, beispielsweise bei der Energie- oder Trinkwasserversorgung, ist es kein Stadtproblem mehr: die Stadt ist zwar betroffen, aber sie ist nicht die Handlungsebene? Es gibt ja Zweckverbände, die größer sind als ein ganzes Bundesland.

Die Frage stellt sich hier in dieser Radikalität so nicht. Im Wasserbereich hat die Stadt Frankfurt seit dem vorigen Jahrhundert ein Monopol auf den Einkauf bestimmten Wassers. Ich glaube, daß das Instrumentarium, sowohl das rechtliche als auch das finanzielle, für eine ökologische Kommunalpolitik durchaus vorhanden ist. Und ich glaube, eine Kommune wie Frankfurt – selbst in diesem Ballungsraum – könnte sich als eine extrem reiche Kommune sogar sehr viele Experimente leisten. Die Stadt Frankfurt hätte finanziell die Möglichkeit, ihre Altlasten im Laufe der nächsten 10 Jahre zu sanieren und hätte auch die Möglichkeit, durch Grundstücksbevorratung einer übermäßigen weiteren Versiegelung vorzubeugen und sogar zu entsiegeln.

*Die Kommune wäre also für Dich durchaus die adäquate Handlungsebene?*

Ja, und wir wollen auch handeln, umbauen, umgestalten, die reichen Möglichkeiten von Frankfurt für eine ökologische Stadtgestaltung nutzen – lieber heute als morgen. – Gewiß, der Main kommt schon verschmutzt in Frankfurt an. Dennoch ist gegenwärtig immer noch der größte Mainverschmutzer die Stadt Frankfurt, größer auch als die Hoechst AG. Deshalb ist hier für mich die Stadt die erste Handlungsebene. Man muß sich dann mit den Vorliegern einigen. Aber das ist ein uraltes Siedlungsproblem, das man lösen kann, beispielsweise durch einen Zweckverband Main, zumal hier – anders als in der Fabel vom Wolf und dem Lamm – der Wolf flußabwärts steht.

*Historisch gesehen war die Zentralisierung immer ein technischer Fortschritt, auch ein Fortschritt in den Lebensverhältnissen ...*

... und auch in der Lebensform. Unsere Lebensform in Frankfurt ist dadurch geprägt, daß wir uns auf bestimmte zentrale Veranstaltungen beziehen, die in einem engen Kommunikationssystem der Stadt liegen. Wir wollen nicht die Stadt in die Stadtteile aufspalten. Die Autonomisierung der Stadtteile z.B. bezüglich der Kulturpolitik ist absoluter Unsinn; diese Bestrebungen sind vor-

*Die Zeit heute*



*Der neue Römerberg mit der Kulturschirm*

bei. Allerdings wollen wir dort, wo es möglich ist, dezentrale Entscheidungen fällen. Wir wollen die Entscheidungen, die diesen und nur diesen Stadtteil betreffen, auch im betreffenden Ortsbeirat fällen. Das ist das gegenläufige Prinzip. Ich bin Realpolitiker. Ich weiß, daß das reine Prinzip der Dezentralisierung nicht funktioniert und das reine Prinzip der Zentralität auch nicht. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum die Stadtverwaltung im Römer über die *Form* der Verkehrsberuhigung hier in der Falkstraße in Bockenheim beschließen sollte. Die Entscheidung, daß Bockenheim verkehrsberuhigt wird, auch die Entscheidung, daß die Falkstraße in einem Gesamtkonzept von Verkehrsplanung beruhigt wird, soll zentral laufen. Aber wo Bäume gepflanzt und wie Straßenecken gestaltet werden usw., ist Entscheidung der Bockenheimer.

*Wenn aber die dezentrale Stelle eine ausreichend starke Kompetenz haben soll, die auch das Engagement der lokalen Bürgerschaft verdient, provoziert man Konflikte mit ihr. D.h.: die Dezentralisierung der Rechte schafft neue Konflikte und damit neue Notwendigkeiten für Zentralität, zumindest eine Personalerhöhung der Bürokratie, die diese Konflikte bearbeiten muß.*

Nein. Demokratie braucht nicht mehr Arbeitskräfte, auch nicht weniger. Das Problem liegt woanders. Nehmen wir die Müllfrage: die ist in zentraler Zuständigkeit. Es gibt die Idee der Getrenntsammlung. In Oberrad wird ein Modellprojekt mit eingehender Beratung der Haushalte durchgeführt. 98% sind dafür, den Müll in mehreren Tonnen zu sammeln, und tun es auch. Prima! Daraufhin wird beschlossen, die Getrenntsammlung auf die ganze Stadt auszudehnen. In jeden Briefkasten wird ein Informationsszettel geworfen, auf deutsch, obwohl 25% Ausländer sind. Dann gibt es Anschlußquoten von noch nicht einmal 50% und wo die 3 Tonnen dann stehen, werden sie falsch gefüllt. Am Zentralismus kann die Getrenntsammlung kaputt gehen. Man muß auf die Ortsbeiräte zugehen, mit ihnen diskutieren und sie die Beschlüsse fassen lassen. So erreicht man eine ganz andere Vermittlung in die Bevölkerung, auch ein anderes Problembewußsein, und nur so funktioniert es meines Erachtens. Andere Fragen lassen sich nur zentral entscheiden, z.B. der Standort einer Mülldeponie: wenn alle Stadtteile ablehnen, muß zentral gegen einen entschieden werden.

*Das setzt aber voraus, daß die Zentrale die rationale Entscheidung im Sinne des Gesamtwohls zu treffen imstande ist ...*

... oder selbstkritikfähig ist. Da helfen Regierungswechsel.

*Es gibt aber auch das Argument der Planungskontinuität. Wenn alle drei Jahre neu geplant würde, wäre das Ergebnis nur Chaos oder Kollage.*

Ich will ja auch die Schirm trotz meiner Kritik nicht wieder abrei-